

Als der Staat zur Droge griff

Heroinabgabe Vor 25 Jahren übernahm die Schweiz eine Pionierrolle in der Drogenpolitik

VON EDUARD MADER

Die Bundesratssitzung vom 13. Mai 1992 setzte in der Schweizer Drogenpolitik einen Meilenstein: Der damalige Gesundheitsminister Flavio Cotti verkündete den Entscheid der Landesregierung: Spezialärzte durften demnach höchstens 250 Schwerstabhängigen, verelendeten oder sich prostituierenden Drogenabhängigen versuchsweise auch Heroin abgeben.

Wie schwer der damalige Entscheid der Landesregierung gefallen ist, lässt sich auch daraus lesen, dass sich der Bundesrat zuvor eine einwöchige Denkpause verordnet hatte, sozusagen um noch einmal darüber zu schlafen. Nach dem Grundsatzentscheid dauerte es noch einmal gut zwei Jahre, bis in Zürich die ersten Versuche gestartet wurden.

Noch wenige Monate vor dem historischen Entscheid hatte Cotti die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe kategorisch abgelehnt. Nachdem sich die Mehrheit der Kantone und die grössten Parteien für das Projekt ausgesprochen hatten, habe bei ihm aber ein teilweises Umdenken eingesetzt. Schliesslich seien Vernehmlassungen dazu da, dass sich die Regierung eines Besseren belehren lässt, erklärte Cotti die Kehrtwende.

Die heroingestützte Behandlung, wie die Heroinabgabe heute genannt wird, löste damals eine heftige Kontroverse aus. So warnte etwa die Parlamentarische Gruppe Drogenpolitik, der rund 50 National- und Ständeräte aus allen bürgerlichen Parteien angehörten, die



Die offene Drogenszene am Zürcher Letten im Jahr 1994. MARTIN RÜTSCHI/KEYSTONE

Schweiz würde mit der Heroinabgabe zum «Platzspitz Europas».

Einen liberalen Umgang mit dem Heroin hatten nicht etwa nur die SP, die Grünen und der Landesring der Unabhängigen verlangt, sondern auch die FDP und sogar Cottis eigene Partei, die CVP. Nur die SVP hatte sich klar dagegen gestraut.

Heroinabgabe heute Alltag

Heute gehört die heroingestützte Behandlung in der Schweiz zum Alltag. Davon profitieren können aktuell 1381 Schwerstabhängige in insgesamt 21 Ins-

titutionen über die ganze Schweiz verteilt. Das Heroin mit der medizinischen Bezeichnung Diamorphin - es dürfte sich um eine Menge von zwei bis dreihundert Kilogramm pro Jahr handeln - wird unter hohen Sicherheitsauflagen von der Thuner Firma DiaMo Narcotics GmbH vertrieben. Die Kosten pro Patient und Tag belaufen sich für die medizinische und psychosoziale Betreuung auf 45 Franken.

«Die heroingestützte Behandlung hat wesentlichen Anteil an den Erfolgen der Schweizerischen Drogenpolitik», urteilt das Bundesamt für Gesundheit (BAG)

heute. Dies zeige sich nicht nur am markanten Rückgang der drogen- und aidsbedingten Todesfälle, sondern auch an der gestiegenen Lebenserwartung und der verbesserten Gesundheit der Opiatabhängigen. Zudem habe die Sicherheit profitiert durch den Rückgang der Beschaffungskriminalität und das Verschwinden der offenen Drogenszenen.

Dreifuss für Entkriminalisierung

Die ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss, heute Präsidentin der Weltkommission für Drogenpolitik, wertet die Einführung der heroingestützten Behandlung im Rückblick ebenfalls als Erfolg. Sie setzte in den 90er-Jahren den Grundsatzentscheid ihrer Vorgänger in die Tat um.

Im Nachhinein habe sich die Heroinunterstützte Therapie als medizinisch anerkannte Antwort erwiesen, die nicht nur den gesundheitlichen Zustand verbessert, sondern auch eine soziale Integration ermöglicht habe. «Und viele, vielleicht die meisten, Patienten wären ohne diese Behandlung nicht mehr am Leben», sagte sie auf Anfrage.

Die Schweiz habe generell eine Pionierrolle gespielt in der Entwicklung von innovativen Gesundheitsmassnahmen in der Drogenpolitik. Kein Pionier sei die Schweiz hingegen, was die Entkriminalisierung des Drogenkonsums angehe und die Regulierung des Marktes durch den Staat, wie man dies von anderen gefährlichen Substanzen wie Alkohol oder Tabak her kenne. «In meinen Augen ist das eine Notwendigkeit», sagt Dreifuss. (SDA)

NACHRICHTEN

STEUERN

Bundesrat will Abzüge für Prämien nicht erhöhen

Der Bundesrat ist dagegen, die Abzüge bei der direkten Bundessteuer zu erhöhen, um die steigenden Krankenkassenprämien abzufedern. Die Ausfälle für die Bundeskasse wären seiner Meinung nach zu hoch. (SDA)

MIGRANTEN

Auslandüberweisungen sind nicht bezifferbar

Der Bund kann nicht ermitteln, wie viel Geld Migranten in ihre Heimat schicken. Dafür fehlen laut Bundesrat die rechtlichen Grundlagen, antwortet er auf einen Vorstoss von SVP und CVP. (SDA)

BILATERALE

Rahmenabkommen könnte bei Verstössen helfen

Mit einem institutionellen Rahmenabkommen könnte die Schweiz Massnahmen von EU-Staaten anfechten, die gegen bilaterale Abkommen verstossen und der Wirtschaft schaden, namentlich der Landwirtschaft. Das antwortet der Bundesrat auf parlamentarische Vorstösse der SVP. (SDA)

FINANZSYSTEM

Schweiz soll weiterhin Währungshilfe leisten

Die Schweiz soll sich weiterhin an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen können. Nach dem Nationalrat hat sich auch die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK) dafür ausgesprochen. (SDA)

INSERAT

Was bringt das neue Energiegesetz?

• Eine unsichere Schweiz

- » Weil in sonnen- und windarmen Zeiten (insbesondere im Winter) zu wenig Strom zur Verfügung steht

• Verlust von Lebensqualität

- » Bis ins Jahr 2035 soll unser gesamter Energieverbrauch (Strom, Benzin, Diesel, Heizöl, Gas, Holz) pro Person um 43 Prozent reduziert werden (Artikel 3 Absatz 1)
- » Bis ins Jahr 2035 soll unser Stromverbrauch pro Person um 13 Prozent reduziert werden (Artikel 3 Absatz 2)

• Höhere Steuern und Abgaben

- » Die neue Energiestrategie kostet 211 Mrd. Franken (Communiqué Bundesrat zur Energiestrategie vom 4.9.2013)
- » Das sind CHF 3'200.- pro vierköpfigen Haushalt und Jahr
- » Der Bundesrat will folgende Finanzierung: (Botschaft Klima- und Energielenkungssystem KELS an das Parlament vom 28.10.2015):
 - Heizöl +67 Rp. pro Liter
 - Benzin +26 Rp. pro Liter
- » Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung von aktuell 1,5 Rp./kWh auf 2,3 Rp./kWh (Artikel 37 Absatz 3); später auf 4,5 Rp. (Botschaft KELS)
- » Die Grossverbraucher werden entlastet - die einfachen Bürger und KMU bezahlen (Artikel 39 Absatz 1)

• Verschandelung der Landschaft

- » Windparks dürfen überall gebaut werden - auch in geschützten Gebieten (Artikel 12)
- » Ordentliches Bewilligungsverfahren wird ausser Kraft gesetzt (Artikel 14)

• Überwachung durch den Staat

- » Zwang zu behördlich installierten sogenannten Smart Meter, die unseren Energiekonsum kontrollieren, steuern und lenken (Artikel 59)

• Mehr Bürokratie und Planwirtschaft

- » Vorschriften bei Gebäuden für maximalen Anteil nicht erneuerbarer Energien für Heizung und Warmwasser (Artikel 45)
- » Neue staatliche Kontrollen, noch mehr Beamte, Vorschriften und Verbote (Artikel 44, 45 und weitere)
- » Schaffung neuer staatlicher Beratungsorganisationen (Artikel 47 Absatz 2)
- » Neue Vorschriften für den Verbrauch von CO₂ bei Personewagen (Artikel 10 CO₂-Gesetz)

Ein unverantwortliches Experiment in Zeiten grösster weltwirtschaftlicher Unsicherheit!

Abstimmung vom 21. Mai 2017

www.energiegesetz-nein.ch

Energiegesetz

NEIN

Überparteiliches Komitee gegen das Energiegesetz, Postfach, 3001 Bern
Danke für Ihre Spende für dieses Inserat: PC 31-604614-3

So wenige Asylgesuche wie lange nicht mehr

Migration Im April tiefster Wert seit über sechs Jahren

In der Schweiz sind im April 1307 Asylgesuche eingereicht worden, so wenige wie seit über sechs Jahren nicht mehr. Gegenüber April 2016 beträgt der Rückgang rund ein Viertel. Im Vergleich zum Vormonat nahm die Zahl der Asylanträge im April um 329 oder gut 20 Prozent ab, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) mitteilte. Tiefer war der Gesuchseingang gemäss SEM letztmals im Februar 2011.

Die meisten Asylbewerber stammen auch im vergangenen Monat aus Eritrea, nämlich 246. Das sind 62 weniger als im März. Anschliessend folgen Syrien mit 217 Gesuchen (+72), Afghanistan mit 75 (-25), Guinea mit 70 (-44), Sri Lanka mit 60 (+10) und Nigeria mit 48 Gesuchen (-5).

Das SEM erledigte im April 1908 Asylgesuche in erster Instanz. Dabei wurden 417 Nichteintretensentschei-

de gefällt, 387 auf Grundlage des Dublin-Abkommens. 511 Personen erhielten Asyl und 537 weitere wurden vorläufig aufgenommen.

9400 Minderjährige an Grenze

Viele der Flüchtlinge, die an der Schweizer Grenze aufgegriffen werden, sind minderjährig. Nach Angaben des Grenzwachtkorps (GWK) wurden letztes Jahr 9416 Personen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren registriert.

Das schreibt der Bundesrat in der Antwort auf eine Interpellation der Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Über die Hälfte der Minderjährigen war demnach zwischen 17 und 18 Jahre alt. Der Bundesrat betont, dass die Information in 95 Prozent der Fälle auf den Angaben der Person und nicht auf Dokumenten beruhte. (SDA/NCH)

Verkehr

Bundesrat für höheres Tempolimit für Wohnwagen

Heute gilt für Autos mit Anhängern oder Wohnwagen auf Autobahnen ein Tempolimit von 80 Kilometern pro Stunde. Künftig sollen sie 100 Stundenkilometer schnell fahren dürfen, sofern sie die notwendigen technischen Anforderungen erfüllen.

Der Bundesrat ist bereit, eine Motion des Aargauer FDP-Nationalrats Thierry Burkart mit dieser Forderung anzunehmen. Dafür ist nicht einmal eine Gesetzesänderung notwendig: Die Regierung kann mit einer Verordnungsänderung eine höhere Höchstgeschwindigkeit festlegen. Burkart argumentiert mit der Sicherheit. (SDA)

Zuwanderung

42 000 Betriebe auf Lohndumping untersucht

Im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr Schweiz-EU sind 2016 rund 42 000 Betriebe und 164 000 Personen auf die Einhaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen kontrolliert worden. Bei Schweizer Firmen ohne Gesamtarbeitsvertrag (GAV) nahmen die Beanstandungen zu.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Kontrollen zwar um sechs Prozent abgenommen, das Kontrollniveau war aber eines der höchsten seit 2008, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern Donnerstag bekannt gab. (SDA)